Der Vorsitzende begrüßte Herrn Dr. Tengler. Der Ausschuss sei sich über die Notwendigkeit des Ausbaues von Betreuungsplätzen einig und habe im Haushalt 2006 den ersten Schritt für eine Finanzierung eingeleitet. Hier sei natürlich von Interesse, welche wirtschaftspolitischen Maßnahmen notwendig sein könnten. Dr. Tengler erläuterte anhand vorgelegter Folien (siehe **Anlagen 6 bis 14**) die demographische Entwicklung und deren Folgen. Diese würden in den nächsten Jahren an Tempo zunehmen, dafür gebe es zwei Ursachen. Zum einen würden in Deutschland zu wenig Kinder geboren, seit 1933 sei die Zahl rückläufig, letztmalig seien von Frauen des Geburtsjahrganges 1937 mit 2,1 Kinder im Durchschnitt pro Frau genügend Kinder geboren worden, die man brauche, damit sich die Bevölkerung reproduziere. Heute liege der Durchschnitt bei nur 1,38 Kindern, in den nächsten 20 bis 30 Jahren erwarte man bei den Geburtenraten ein ähnliches Niveau.

Zum anderen sei als positive Entwicklung zu sehen, dass die Menschen in Deutschland immer älter würden. Bei Frauen werde sich die Lebenserwartung von 71,9 Jahren für den Geburtsjahrgang 1960 auf bis zu 93 Jahre bis im Jahr 2050 entwickeln, bei den Männern lägen die Daten für 1960 bei 66,7 und für 2050 zwischen 79 und 87 Jahren. Beide Ursachen zusammen wirkten dahingehend, dass von jetzt 82,5 Mio. Einwohnern in Deutschland die Bevölkerung bis 2050 auf knapp 70 Mio. zurückgehen werde. Größer und unterschiedlicher seien die Veränderungen in den einzelnen Altersklassen. Bei den 0- bis 19- und 20- bis 59-jährigen sei die Tendenz stark abnehmend, während die Altersklasse der über 60-jährigen von 20 auf 28 Mio., also um 37 % ansteigen werde bis zum Jahr 2050. In den genannten Prognosen sei die Annahme enthalten, dass in Deutschland pro Jahr ein Zuwanderungsgewinn von außerhalb von Deutschland in einer Größenordnung von 100.000 Menschen zu verzeichnen sein werde. Ohne diese Zuwanderungsgewinne würde die Bevölkerung in Deutschland von heute 82,5 Mio. auf knapp über 60 Mio. Menschen schrumpfen.

Dr. Tengler zeigte einige ökonomische Wirkungen auf. Aufgrund der demographischen Entwicklung werde es in Zukunft in Deutschland nur ein geringeres Wirtschaftswachstum geben können. Wo weniger Bevölkerung sei, da gebe es weniger Inlandsnachfrage, so dass Konsum, Dienstleistungen und auch die Nachfrage nach Bau- und Handwerksleistungen zurückgingen. Altersbedingt werde es eine Verschiebung der Nachfragestruktur geben. Auch bei der Auslandsnachfrage bestehe die Gefahr eines Rückganges. Aufgrund der Altersstruktur werde es ein hohes Durchschnittsalter der Beschäftigten in Betrieben geben und nach allen empirischen Erfahrungen sei davon auszugehen, dass darunter auch die Innovationsfähigkeit leide. Viele Innovationen in Betrieben würden vor allen Dingen von jüngeren Mitarbeitern, die auch teilweise von Hochschulen kämen, angeregt und wenn hier eine Verschlechterung eintrete, würden in Deutschland Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit zurückgehen. Natürlich werde es mit weniger Wachstum auch zu einem geringeren Ausbau der öffentlichen Infrastruktur kommen, zu geringeren Einnahmen der öffentlichen Haushalte usw..

Als weitere ökonomische Wirkung, die sehr bedeutsam sei, sei die deutliche Verknappung von qualifizierten Arbeitskräften in Deutschland. Qualifizierte Arbeitskräfte seien in Deutschland der wichtigste Standortfaktor und der wichtigste Produktionsfaktor für die Wirtschaft überhaupt. Deutschland habe keine Rohstoffe und hohe Produktionskosten. Es könne nur über das Know-how der Beschäftigten in der Wirtschaft wettbewerbsfähig sein. Diese Beschäftigtengruppe werde altersbedingt rapide zurückgehen. Das habe zur Folge, dass die Verfügbarkeit an qualifizierten Arbeitsplätzen in Zukunft wesentlich die regionale Verteilung von Investitionen bestimmen werde und damit darüber bestimmen werde, in welchen Regionen Arbeit und Einkommen geschaffen werde und wo es den Menschen gut gehen werde. Nach einer Umfrage der Commerzbank würden bereits heute 73 % des Mittelstandes darüber klagen, dass sie nicht das erforderliche qualifizierte Personal bekämen. Im Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte werde es in der Region immer stärker um den Zuzug von qualifizierten Arbeitskräften gehen. Nur in diesen Regionen werden Unternehmer investieren und Arbeitsplätze schaffen.

Seit einigen Jahren zeige sich, dass die Entwicklung in den Wachstumsunterschieden in den Regionen in Deutschland größer werde. Deutschland spalte sich in Gewinner und Verlierer. Zu den Gewinnern könnten nur die Regionen zählen, die über ein gutes Angebot an Arbeitskräften und Arbeitsplätzen verfügten und so zu den notwendigen Investitionen kämen.

Dr. Tengler zeigte die Entwicklung der Bevölkerung im Rhein-Sieg-Kreis in den letzten 15 Jahren auf sowie die unterschiedlichen Prognosen bis 2020 des LDS und der Bertelsmann Stiftung, wobei die Prognosen der Bertelsmann Stiftung grundsätzlich moderater ausfielen. Seit 1990 habe der RSK mit 92.000 Personen, das entspreche 18 %, gegenüber dem Bundesdurchschnitt eine fünfmal so große Zunahme gehabt. Der Zuwachs werde anhalten, aber im Ganzen etwas abflachen. Wie hoch ein Zuwachs der Bevölkerung ausfiele, würde durch die Faktoren Geburten- und Sterbeüberschuss und Wanderungsgewinne bestimmt. Nach Altersgruppen unterschieden zeigten ab der Gruppe der über 50-jährigen beide Prognosen nahezu eine identische Entwicklung für den RSK. Umso größer seien die Unterschiede bei den jüngeren Altersgruppen. Wanderungen fänden in der Regel bei jüngeren Menschen statt und hier zeigten die Prognosen von LDS und Bertelsmann Stiftung große Abweichungen. Absolut betrachtet auf die Altersgruppe der 0- bis 49-jährigen bedeute dies bei wenig Zuwanderung einen Rückgang von 51.000, bei viel Zuwanderung einen Rückgang um nur 9.900 Menschen bis 2020.

Daraus werde deutlich, dass im Hinblick auf eine zukünftige wirtschaftliche Entwicklung eine günstige Altersstruktur nur durch eine Politik erreicht werden könne, die dafür Sorge, dass es im RSK weiterhin Arbeitsplätze geben und der RSK damit ein guter Wirtschaftsstandort sein werde. Auch müsse sie für einen attraktiven Wohnstandort sorgen, insbesondere für junge und qualifizierte Menschen und junge Familien. Es gebe für die Zukunft einen großen Handlungsbedarf, da es in Deutschland und im RSK kein automatisches Wachstum mehr gebe, da es keinen Geburtenüberschuss mehr gebe. Für die Zielgruppe der jungen Menschen müsse man attraktiv sein bzw. sich attraktiv machen. In dieser Aufgabe bestehe unter den Regionen in Deutschland ein starker Wettbewerb.

Für Arbeit, Einkommen und Wohlstand in der Region brauche der RSK qualifizierte junge Menschen. Da diese knapp seien, hätten diese Menschen künftig stärker als es schon heute der Fall sei, die große Auswahl, in welche Region sie gehen und wo sie arbeiten möchten. Nicht mehr das reine Jobangebot sei für die Wahl entscheidend, sondern auch, wie die übrigen Wohnumfeld- und Standortbedingungen in der Region seien. Die Basisvoraussetzung seien ausreichende Arbeitsplätze, also eine starke Wirtschaft, ohne das gebe es keine Zuwanderung. Zuwanderung gebe es auch nicht, wenn nicht entsprechend ausreichender Wohnraum vorhanden sei. Daher sei Wohnungsbaupolitik ein ganz wichtiges Thema. In diesem Sinne lasse die KSK Köln zurzeit eine Untersuchung durchführen und die Wohnraumsituation und den Wohnungsmarktbedarf im RSK für die weitere Entwicklung analysieren. Für die Qualifizierung der jungen Menschen in der Region müsse weiterhin ein gutes Schul-, Ausbildungs- und Hochschulangebot vorgehalten werden. Eine gute Betreuungsinfrastruktur sei dazu überhaupt die wichtigste Voraussetzung, um für junge Menschen und junge Familien attraktiv zu sein. Und natürlich wiederum für Zuzugswillige. Am Arbeitsort müsse durch vorhandene Infrastruktur die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleistet sein. Das beinhalte ausreichende, passgenaue Kinderbetreuungsangebote, Angebote an flexiblen Arbeitszeitmodellen und Teilzeitangebote. Ein ausreichendes Angebot an Kindergärten müsse vorhanden sein, damit hier bereits frühzeitig die Sprachentwicklung und Integration von Migranten stattfinden könne, das sei insbesondere deshalb wichtig, da Deutschland auch in Zukunft starke Zuwanderungen von Migranten haben werde. Als weiteres, als weiches Handlungsfeld angesehen, sei Kultur, Freizeit, Umwelt und Sicherheit zu benennen. Auch diese Faktoren spielten für die Entscheidung der Zuwanderer für die Entscheidung, wo sie wohnen möchten, eine große Rolle.

Zuletzt sei gesagt, dass für die älteren Menschen die passende Infrastruktur betreffend Beschäftigungsangebote und Pflegeeinrichtungen vorhanden sein müsse. Für die nächsten 15 Jahre werde im Pflegebereich im Rhein-Sieg-Kreis ein Anstieg von 13.000 auf 20.000 Menschen prognostiziert. Wichtig sei, dass Unternehmen ältere Beschäftigte nicht nur behalten, sondern auch einstellen. Dass heute jeder zweite Betrieb keine Beschäftigten über 50 Jahre mehr habe, sei für die aufgezeigte demographische Entwicklung völlig unzumutbar.

Als letztes sei erwähnt, dass Deutschland im Ländervergleich nach einer Studie der OECD aus 2000 bei der Versorgung der unter Dreijährigen mit Plätzen in Tageseinrichtungen mit 10 % weit hinter den skandinavischen Ländern (z.B. Dänemark 64 %) und den USA (54 %) zurückliege. Nicht ganz so ungünstig falle der Vergleich bei der Versorgung der Dreijährigen bis zum Schuleintrittsalter aus.

Auf Frage der Abg. Deussen-Dopstadt erläuterte Dr. Tengler, seine Ausführungen zur demographischen Entwicklung in Deutschland beruhen auf Prognosen von externen Forschungsinstituten. Wenn es keinen oder nur einen geringen Zuzugsgewinn geben werde, dann würde bei den jungen Menschen ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen sein. Nur wenn man sich um Zuwanderungen insbesondere von jungen Menschen bemühe und diese auch realisieren könne, würde der Rückgang in den unteren Altersklassen kompensiert, eventuell würde diese Altersklasse auch anwachsen. Nur ein Wachstum an Zuwanderungen bringe Wohlstand und steigende Steuereinnahmen. Eine Planung über Ausbau oder nicht Ausbau der kommunalen Infrastruktur könne sich nur an der tatsächlichen Entwicklung orientieren.

Auf Ausführungen des Mitgl. Dobersalske erklärte Dr. Tengler, man habe vor 15 Jahren im Rahmen des Bonn-Berlin-Ausgleiches beschlossen, für die hiesige Region in Bildung zu investieren. Es seien zwischenzeitlich an vier Standorten Fachhochschulen eingerichtet worden, hier könnten junge Menschen eine Qualifikation erreichen, die sie als Arbeitskräfte für die Wirtschaft interessant machten. Zwar liege Deutschland im internationalen Vergleich im Bereich der Bildung zurück, im Inlandsvergleich zähle der RSK jedoch zu einer Spitzenregion.

Auf Frage des Abg. Donix resümierte Dr. Tengler, es wäre natürlich wünschenswert, wenn sich die Wirtschaft im RSK am Ausbau der Infrastruktur beteiligen würde. Die Bildung betrieblicher Kindergärten, dem Beispiel der Telekom (ca. 12.000 Beschäftigte) in der Stadt Bonn folgend, sei ein wichtiger und wünschenswerter Ansatz, jedoch im RSK kaum umsetzbar; hier liege die Betriebsgröße im Durchschnitt bei nur 12 Beschäftigten.

Mitgl. Königsfeld meinte, in der Frage der Ausbildung, Fortbildung und Qualifizierung der jungen Menschen sei auch die Arbeitsverwaltung gefordert. Nur über eine qualifizierte Tätigkeit könne der Arbeitsprozess aufrechterhalten werden und die Region RSK wettbewerbsfähig bleiben. Der Vorsitzende griff diesen Ansatz auf und schlug vor, dieses Thema in einer der nächsten Sitzungen unter der fachlichen Beteiligung des Mitgl. Fichtner zu behandeln.

Auf Frage der Abg. Deussen-Dopstadt führte Dr. Tengler aus, im Rahmen des Bonn-Berlin-Ausgleiches gehörten 13 der 19 Kommunen im RSK zur sog. Ausgleichsregion. Gefördert worden seien die Gewerbegebiete. Das Ergebnis der von der KSK in Auftrag gegebenen Untersuchung erwarte er im Mai und er gehe davon aus, dass dann für das Kreisgebiet eine gute Planungsgrundlage vorliegen werde.

Mitgl. Zopes sprach die derzeitige desolote Situation auf dem Ausbildungsmarkt an. Auf der einen Seite brauche man Arbeitskräfte, auf der anderen Seite werde nicht mehr ausgebildet. Hierzu zeigte Dr. Tengler die Problematik an einem Beispiel auf. Nach Aussage des Vorstandsvorsitzenden der Siemens AG in Deutschland stelle Siemens jährlich ca. 10.000 Ausbildungsplätze zur Verfügung. Hierauf gingen 60.000 Bewerbungen ein, davon müssten allein 40.000 zurückgewiesen werden, weil sie die Minimalanforderungen an orthographische Kenntnisse nicht erfüllten. Aus der Region des RSK kenne er selbst Arbeitgeber, die eine große Zahl von Ausbildungsplätzen anbieten würden, diese allerdings in den letzten zwei Jahren erstmals nicht alle besetzen konnten. Diese Arbeitgeber bestätigten, dass trotz hoher Nachfrage viele der Schulabgänger qualitativ nicht die Mindestanforderungen erfüllten, die für die Ausübung einer Tätigkeit unabdingbar seien.

Der Vorsitzende dankte Herrn Dr. Tengler im Namen aller Ausschussmitglieder für die ausführlichen Informationen.